Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 12.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III
Fernsprecher:
Schriftleitung: Amt Moritzplatz 964, 965, 1580, 1582, 1583. Für Nachtgespräche 1580.
Geschäftsstelle: Amt Moritzplatz 1902, 3245, 3394, 7248, 7308, 7338, 7877, 7592, 7600.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.20 zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 5.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 414. Mittwoch, 27. August 1919. Abend-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Kreuzer „La Marseillaise" in Flensburg.

Deutschland verlangt sofortige Zurückziehung.

Eigene Drahtmeldung.

V. Kopenhagen, 27. August.

Der französische Kreuzer „La Marseillaise" hat gestern nachmittag auf der Flensburger Förde Anker geworfen. Eine Deputation dänisch gesinnter Flensburger begrüßte die französischen Seeleute an Bord. Wie das „Apenrader Tageblatt" mitteilt, hat die deutsche Admiralität dem Kommandanten des Kreuzers eine drahtlose Mitteilung zugehen lassen, in der ausgesprochen wird, daß der Besuch des französischen Kriegsschiffes in Apenrade, Flensburg und Hadersleben unzulässig ist und durch die Waffenstillstandsbedingungen nicht begründet werden kann.

*

Ueber den Besuch des französischen Kriegsschiffes „La Marseillaise" in Apenrade und Flensburg erfahren wir, daß dieser Besuch den internationalen Gepflogenheiten gemäß vorher bei der deutschen Regierung angezeigt, von dieser aber abgelehnt worden war; dennoch ist er erfolgt. Wie wir hören, hat die deutsche Regierung nunmehr durch Funkspruch die sofortige Zurückziehung verlangt; eine Antwort ist bisher noch nicht erfolgt.

Im Zusammenhang damit möchten wir an die loyale Haltung der dänischen Regierung erinnern, die vor einigen Wochen den ganz ähnlich gearteten Zwischenfall von Sonderburg, wo dänische Pfadfinder unangemeldet gelandet waren, durch eine einschuldigende Erklärung beseitigt hat.

Die Unkosten der Schleswiger Abstimmung.

V. Kopenhagen, 27. August. (Eigene Drahtmeldung.) Laut „Socialdemokraten" wird aus Versailles gemeldet, daß der Oberste Rat der Alliierten in seiner gestrigen Sitzung beschlossen hat, daß die Unkosten der Volksabstimmung in Schleswig von Deutschland und Dänemark zu gleichen Teilen getragen werden sollen.

Keine Aenderung im österreichischen Friedensentwurf.

Amsterdam, 26. August. Die englischen Blätter vom 25. bringen eine Reutermeldung aus Paris, die besagt, daß gewisse deutsch-österreichische Gegenvorschläge angenommen worden seien, und daß der neue Friedensvertrag mit Deutsch-Oesterreich sich in vielen Punkten von dem ursprünglichen Vertrag unterscheiden werde.

Paris, 26. August. (Reuter.) Die kroatisch-serbisch-slowenische Delegation hat die Frage der Verteilung der österreichischen Handelsflotte aufgeworfen. Sie legt dar, daß ein Teil der Flotte an das Südslawische Königreich fallen sollte, und beklagt sich darüber, daß eine Anzahl dieser Schiffe, deren Besitzer Slowenen und Untertanen des Südslawischen Reiches seien, als Kriegsbeute mit Beschlag belegt worden sind.

P. **Wien**, 26. August. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Korrespondenz des deutsch-österreichischen Bauernbundes" dementiert die Nachricht, daß Verhandlungen zwischen den Deutschen und Tschechen bezüglich der staatsrechtlichen und politischen Gestaltung der Republik schweben. Alle deutschen Parteien hätten sich solidarisch erklärt, in solche Verhandlungen nicht einzutreten, bevor nicht der Friedensvertrag ratifiziert worden sei. Auch die deutschen Sozialdemokraten wären eine solche Verpflichtung eingegangen und hätten nicht die Absicht, die deutsche Einheitsfront zu zertrümmern.

Aus Prag kommt die Meldung, daß das tschechische Ministerium des Innern zahlreichen deutschen Vereinen in Deutsch-Böhmen, Mähren und Schlesien, die ihren Hauptsitz in Wien haben, die Nachricht zugehen ließ, daß sie die rechtliche Basis verloren hätten, weil sie Vereinen angehören, die ihren Sitz im Auslande haben. Wenn sich das bewahrheitet, wäre das die Auflösung vieler hundert deutscher Vereine in der Tschechoslowakei bedeuten.

Die italienische Friedensgarnison in Merau.

P. **Wien**, 26. August. (Eigene Drahtmeldung.) Aus Meran wird gemeldet: Die italienische Friedensgarnison für den Bezirk Meran ist heute früh hier eingetroffen. Es ist dies eine Brigade unter Führung des Brigadegenerals Rotta.

Kundgebungen an das Kabinett Friedrich.

Budapest, 26. August. Laut einer Meldung des Ungarischen Tel.-Korr.-Bureaus gingen dem zurücktretenden Kabinett Friedrich aus allen Teilen des Landes und allen Schichten der Bevölkerung zahlreiche Kundgebungen zu, in denen das Ministerium aufgefordert wird, auf seinem Platze zu verbleiben. Von französischer Seite ist dem Ministerpräsidenten Friedrich die Aufforderung zugekommen, daß drei Mitglieder der Regierung in Paris vor der Friedenskonferenz erscheinen.

-l. **Frankfurt a. M.**, 26. August. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Budapest: Die enorme Entwertung des Geldes durch die Ueberschwemmung mit den wertlosen Zahlungsmitteln der Räteregierung hat eine beispiellose Lage geschaffen. Die Bauernschaft, die sich überreichlich in den Besitz eines Geldes gesetzt hat, weigert sich, Lebensmittel für wertloses Geld zu liefern. Deshalb und um dem gesamten Handel neue Mittel zuzuführen, sieht sich der Staat, dessen Kassen durch die Räterepublik geleert sind, zur Neuausgabe vollgültiger Zahlungsmittel gezwungen. Wie der Vertreter der „Frankfurter Zeitung" erklärt, hat die Oesterreichisch-Ungarische Bank der Regierung zu diesem Zwecke unter Garantie der übrigen Banken einen Kredit von 500 Millionen bewilligt.

Die Gefahr für Oberschlesien.

Der Verband verlangt die Besetzung.

Reuter-Meldung.

Paris, 25. August.

In einem von seiten der Friedenskonferenz in der Frage der Kommission für Schlesien an General Dupont gesandten Instruktionen enthaltenden Telegramm wird die Ansicht ausgedrückt, daß das einzige Mittel, um die Ruhe wiederherzustellen und die Kohlenerzeugung in Oberschlesien und Teschen zu vermehren, eine Besetzung durch die Alliierten sei. Es wird nicht erwartet, daß die deutsche Regierung auf ihrem Recht, ihre Einwilligung dazu zu verweigern, bestehen wird. Tatsächlich ist bereits von seiten der deutschen Delegation in Versailles inoffiziell der Vorschlag gemacht worden, die Alliierten möchten die sofortige Besetzung Schlesiens in die Wege leiten.

Hierzu wird W. T. B. von zuständiger Stelle erklärt: Soweit die Reutermeldung von der Stellungnahme der deutschen Regierung oder ihrer Vertreter spricht, ist sie vom ersten bis zum letzten Wort falsch. Die deutsche Regierung hat weder ausdrücklich noch andeutungsweise auf irgendeines ihrer Souveränitätsrechte über Oberschlesien verzichtet und denkt auch nicht an einen solchen Verzicht. Das gilt vor allem von der vorzeitigen Besetzung Oberschlesiens durch den Verband. Im übrigen ist festzustellen, daß die Reutermeldung durch die Entwicklung der Dinge in Oberschlesien nach der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung vollkommen überholt ist.

(Siehe auch Seite 2.)

Weitere 50 Millionen zur Senkung der Lebensmittelpreise.

Wie die „B. P. N." hören, werden die von der Regierung bewilligten 500 Millionen zur Senkung der Lebensmittelpreise um weitere 50 Millionen auf 550 Millionen erhöht. Diese 50 Millionen sollen vorzugsweise leistungsschwachen Gemeinden zugute kommen, da aus zahlreichen Gemeinden Mitteilungen eingelaufen sind, daß die Senkung der Lebensmittel noch nicht in der gewünschten Weise hat durchgeführt werden können.

Kommunistische Hetzereien in der österreichischen Volkswehr.

P. **Wien**, 26. August. (Eigene Drahtmeldung.) In der letzten Vollversammlung der Soldatenräte erstattete Dr. Frey einen ausführlichen Bericht über die zersetzende Tätigkeit der Kommunisten in der Volkswehr. Er führte die Mittel an, mit denen die Kommunisten die Mannschaften zu gewinnen trachten, erzählte von Versuchen, am 2. August den damals verhafteten Kommunistenführer Haller mit Waffengewalt zu befreien und beantragte schließlich unter stürmischer Zustimmung der Versammlung den Ausschluß von zwei Oberleutnants, die den Versuch gemacht hatten, Waffengewalt anzuwenden.

Die Bedrohung Petersburgs.

Drahtmeldung.

Amsterdam, 27. August.

„Times" melden aus Helsingfors, daß die Finnen, Esländer und Russen wahrscheinlich nicht in der Lage sein werden, Petersburg noch vor dem Winter zu besetzen. Die Esländer sind nicht geneigt, vorzumarschieren, bevor die Verbündeten ihre Unabhängigkeit formell anerkannt haben, während die finnische Mitarbeit zweifelhaft ist, seitdem die finnischen Sozialdemokraten Mannerheim bei den Präsidentschaftswahlen geschlagen haben. Man erwartet, daß die Bolschewisten an der Pleskau-Front eine starke Offensive unternehmen werden, um einen Durchbruch zu versuchen. Augenblicklich wird eine große bolschewistische Truppenmacht an dieser Front zusammengezogen. In Finnland führen die Bolschewisten eine lebhafte Propaganda. Große Mengen bolschewistischer Literatur sind über die Grenze gebracht worden. Desgleichen sind zahlreiche Gewehre und Bomben sowie eine große Menge Munition nach Finnland geschmuggelt worden. Die „Pravda" spornt die roten Truppen an, an der Petersburgfront einen entscheidenden Schlag zu führen. Trotzki ist an der Front sehr tätig. In dem für ihn reservierten Eisenbahnzug wird ein besonderes Blatt gedruckt, in dem er die Bauern auffordert, das rote Heer mit Lebensmitteln zu versorgen.

Der Sitz der interalliierten Rheinlandkommission.

Die interalliierte Kommission für das Rheinland hat die Gebäude des Oberpräsidiums in Coblenz mit Beschlag belegt und denn'prucht diese Gebäude für ihre Zwecke.

Amsterdam. Die englischen Blätter vom 25. d. bringen eine Reutermeldung aus Köln, wonach zur Unterstützung von britischen Firmen, die auf den deutschen Märkten Fuß fassen wollen, britische Verbindungsoffiziere, die den Wirtschaftsstellen in der von den Alliierten besetzten Zone angegliedert sind, nach Crefeld, Koblenz, Mainz, Ludwigshafen und Aachen gesandt worden sind, um als britische Handelsagenten gegen Auskunft und Unterstützung in Handelsfragen zur Verfügung zu stehen.

Das Stimmverhältnis im Reichsrat.

Die im Reichsrat vertretenen Länder haben insgesamt 63 Stimmen. Die Stimmen verteilen sich im einzelnen wie folgt: Preußen 22 Stimmen, Bayern 7, Sachsen 5, Baden 3, Württemberg 3, alle anderen Länder 1 Stimme, die beiden Reuß zusammen 1 Stimme.

In Preußen wird das Stimmrecht durch die 10 Minister, die 9 Unterstaatssekretäre und voraussichtlich durch weitere 6 parlamentarische Unterstaatssekretäre ausgeübt werden. Abschließendes hierüber zu sagen, ist noch nicht angängig, da zahlreiche Wünsche dahingehen, hervorragende Fachreferenten der einzelnen Ressorts als Vertreter dem Reichsrat beizugeben.

Wilson über den Schantung-Vorschlag.

Eigene Drahtmeldung.

S. Haag, 27. August.

Die „New York Times" bringt eine Erklärung Wilsons, in der dieser ausführt, daß durch die Annahme des Schantung-Abänderungs-Vorschlags durch den Senat der ganze Friedensvertrag gefährdet wird. England und Frankreich könnten keinem solchen Abänderungsvertrag zustimmen, da ihnen durch ihre Verträge mit Japan die Hände gebunden seien. Amerika müßte dann einen Sonderfrieden mit Deutschland schließen.

Der Ausschuß des amerikanischen Senats hat die Abänderung des Friedensvertrags, daß durch die Annahme des Schantung-Abänderungs-Vorschlags durch den Senat der ganze Friedensvertrag zurückbehält, mit neun gegen acht Stimmen angenommen und beschloß außerdem, an den Senat über diese Angelegenheit einen Bericht zu senden.

R. Basel, 27. August. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer New Yorker Meldung der „Neuen Korrespondenz" wird Senator Lodge im Senat eine Resolution einbringen, welche vorsagt, daß sich Amerika von der Liga der Nationen zwei Jahre nach der Ratifizierung des Friedensvertrags zurückziehen kann, sofern alle Nationen die Verfassung der Liga aufheben. Was die Schantungfrage angeht, so bemüht sich Wilson zurzeit in der Hoffnung, das Gesetz betreffend Schantung zu erledigen und Japan zu verpflichten, den genauen Zeitpunkt der Rückgabe an China bekanntzugeben. Die Senatskommission für Auswärtige Angelegenheiten hat den Präsidenten Wilson ersucht, dem Senat den Wortlaut des Vertrages über Polen zu unterbreiten. Die Kommission verlangt ebenfalls, daß der Senat Kenntnis erhält vom gegenwärtigen Wortlaut der Verträge mit Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei.

Amsterdam, 27. August. „Westminster Gazette" meldet aus New York, daß Wilson eine lange Unterredung mit Lansing über die mexikanische Frage hatte und daß sich die vereinigten Staaten weigern würden, ihre Truppen zurückzuziehen, bevor alle Banditen, die an der Gefangennahme der amerikanischen Flieger beteiligt waren, bestraft worden sind.

S. Haag, 27. August. (Eigene Drahtmeldung.) Dem amerikanischen Senat wird heute eine Vorlage zugehen, die jegliche Beteiligung Amerikas an den verschiedenen internationalen Kommissionen in Europa ein Ende machen will.

Die Truppen im Baltikum.

Die in der heutigen Morgennummer abgedruckten Mitteilungen über die Gehorsamsverweigerung im Baltikum ergeben ein merkwürdiges Bild. Deutsche Truppen, die als solche zweifellos an die Befehle der deutschen Obersten Reichsleitung, in höchster Instanz also des Reichswehrministers und des Reichspräsidenten gewiesen sind, befinden sich in einer Art außenpolitischer Bindung gegenüber einer fremden Regierung. Die lettländische Regierung hatte den im Baltikum stehenden Truppen als Gegenleistung für den ihr gewährten Schutz gegen den Bolschewismus das Bürgerrecht zwecks Ansiedlung versprochen. Es ist selbstverständlich, daß diese Ansiedlung der jetzt noch zu Deutschland gehörenden und dem deutschen Reichswehrministerium unterstehenden Soldaten erst erfolgen kann, wenn sie aus der deutschen Wehrmacht ausgeschieden, also nur noch als Kolonisten zu betrachten sind. Andernfalls würden sie als bewaffnete Siedlungen deutscher Nationalität, also von ganz unbestimmter staatlicher Zugehörigkeit, angesehen werden müssen, ein Zustand, der auf die Dauer undenkbar ist. Sache der Führer dürfte es sein, diesen Tatbestand den unterstellten Truppen nachdrücklich klarzumachen. Entweder die im Baltikum stehenden Truppen verbleiben bei ihrer Absicht, Kolonisten in Lettland zu werden: dann scheiden sie aus dem deutschen Reichsverbande und den deutschen Truppenteilen aus, müssen sich aber mit der Lage der Dinge abfinden, wie sie im Baltikum zurzeit bestehen. Wer sich mit diesen Verhältnissen nicht abzufinden vermag, dem bleibt kein anderer Entschluß, als in treuer Wahrung seiner Soldatenpflicht den Befehlen seiner Regierung und seiner Vorgesetzten zu gehorchen und das Baltikum zu räumen.

B. S.

Liman von Sanders in Venedig.

S. Haag, 27. August. (Eigene Drahtmeldung.) General Liman von Sanders ist nach einer Reutermeldung am Sonnabend an Bord einer englischen Jacht von Malta nach Venedig abgereist.

Oberschlesische Stimmungen.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

Breslau, 27. August.

Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß mit der Niederwerfung des oberschlesischen Aufstandes die Gefahr für Oberschlesien völlig gewichen ist. Im Gegenteil, im Innern gärt es allenthalben noch. Die Leidenschaften haben sich noch lange nicht ausgetobt und was charakteristisch für das deutsche Oberschlesien ist, auch die deutschen Parteigegensätze haben Bevölkerungskreise, die im Interesse der Erhaltung Oberschlesiens für das Deutschtum aufeinander angewiesen sind, so entzweit, daß es für die nächste Zeit ausgeschlossen erscheint, zu einer solidarischen Einigung zu kommen.

Ich hatte am Dienstag und Mittwoch Gelegenheit, die Ansichten einiger oberschlesischer führender Persönlichkeiten zu hören. Mit Geheimrat Winniger, dem bekannten Direktor des Berg- und Hüttenmännischen Vereins, hatte ich eine Aussprache, eine längere Unterredung mit dem Führer der Freien Gewerkschaftsbewegung Oberschlesiens, dem Gewerkschaftssekretär Löffler, Mitglied der Nationalversammlung, und Aussprachen mit dem Vertreter des Staats- und Reichskommissars für Oberschlesien, Dr. Gotthilf, mit dem Präsidenten des Staatskommissariats, Herrn Renner, mit Dr. Bosse vom Arbeitgeberverband und anderen Oberschlesiern. Vorweg ist zu nehmen: Erschreckende Gegensätze traten hier zutage. Der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft auf sozialer und nationaler Basis, der im ganzen Reich zu einer gewissen Popularität gelangt ist, ist hier völlig fremd und hat keinerlei Anwartschaft darauf, sich in nächster Zeit durchzusetzen. Die innere Einigkeit fehlt. Die Erschöpfung des Kampfes, Auswüchse des bis zur hysterischen Wut gesteigerten Radikalismus haben die Elemente gegenseitig entzweidet, die zur Stunde einig zusammenhalten sollten, um das deutsche Vaterlandes, um ihrer oberschlesischen Heimat und um ihrer selbst willen. Parteienhader und Parteienhaß stehen trennend zwischen ihnen.

Wie kam das nur? Die schlesischen Bergarbeiterverhältnisse waren früher nicht besonders gute gewesen. Im Verhältnis zur Ertragsfähigkeit der schlesischen Gruben war die Löhnung eine mangelhafte. Die Einkünfte der Bergarbeiter im rheinisch-westfälischen Revier waren wesentlich höhere. Hinzu kam eine Autokratie im Verwaltungswesen, die zahlreiche Uebergriffe zeitigte. Die soziale Lage und die soziale Fürsorge waren nicht auf der Höhe und der Bergarbeiter mehr Werkzeug des Arbeitgebers ohne eigenen Willen.

Wie im Verlaufe der Revolution diese Freiheits- und Willensbeschränkung aus der Zeit vor dem Kriege eine mehr oder minder starke Reaktion zeitigte, so auch hier im deutschen Südosten. Der Diktator der Arbeitgeber folgte die Diktatur der Arbeitnehmer. Zunächst schienen mit dem Vertrag vom 1. November 1918 alle Differenzen beseitigt: Als Vertreter der Arbeitnehmer schlossen die Freien Gewerkschaften, die Christlichen Gewerkschaften, die Polnische Berufsgemeinschaft, die Gewerkschaften Hirsch-Duncker und als Vertreter der Arbeitgeber der Oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein einen Tarifvertrag, der die Bezüge der Arbeitnehmer wesentlich erhöhte. Nach einer mir vom Gewerkschaftssekretär Löffler überlassenen Statistik stellen sich die täglichen Einnahmen wie folgt:

3. Vierteljahr 1918. Eigentliche Bergarbeiter: 10,84 M. Sonstige Bergarbeiter: 7,72 M. Erwachsene Tagarbeiter: 6,91 M. Jugendliche Arbeiter: 3,16 M.

4. Vierteljahr 1918. Eigentliche Bergarbeiter: 15,48 M. Sonstige Bergarbeiter: 11,15 M. Erwachsene Tagarbeiter: 9,79 M. Jugendliche Arbeiter: 4,20 M.

1. Vierteljahr 1919. Eigentliche Bergarbeiter: 17,54 M. Sonstige Bergarbeiter: 13,08 M. Erwachsene Tagarbeiter: 11,55 M. Jugendliche Arbeiter: 4,67 M.

Hand in Hand mit dieser Lohnverbesserung geht auch die Verkürzung der Schichtzeiten. Durch Verhandlungen der wirtschaftlichen Organisationen mit dem Arbeitgeberverband für das oberschlesische Industriegebiet am 25. und 26. April 1919 wurde die Schichtzeit für unterirdische Bergarbeiter von 8 Stunden auf 7½ Stunden verkürzt. Wie Herr Löffler, der soeben von den Verhandlungen mit der Verbandskommission nach Breslau zurückgekehrt war, mir mitteilte, wäre somit alles in bester Ordnung gewesen und in ersprießlichem Zusammenwirken genügend Material zutage gefördert worden, wenn nicht großpolnische Hetzer und allen voran der polnische Bolschewist Adamek in einer unglaublich großzügig angelegten Agitation immer und immer wieder die Arbeiter zu neuen Lohnforderungen gehetzt hätte. Andere Drahtzieher der polnischen oder spartakistischen Bewegung erhofften je nach ihrer Art durch Anschluß an Polen Steuerfreiheit, erheblich erhöhte Löhne einerseits das von allen kommunistischen Agitatoren schon gemalte Himmelreich auf Erden zu erhalten. Die Arbeiter waren einfältig genug, dies zu glauben, und so fand die Forderungsziffer, während die Lohnziffer im Ausgabeetat der Werke stieg. Die Hetzer, Polen wie Spartakisten, arbeiteten mit den verwerflichsten Mitteln. Auf Lug, Trug und Fälschung kam es ihnen nicht an. Um ihrer leidet willen hetzen sie die Bergarbeiter zu neuen Erhebungen, und wie bei jeder Bewegung im Reich, so standen auch hier gemäßigte Elemente unter dem Zwang radikaler Terroristen.

Der mir von Herrn Löffler übergebenen Lohntabelle der Grubenarbeiter entnehme ich folgendes:

Laut Vertrag vom 1. November 1918 war das Gedinge (der Akkordlohn) derartig festgesetzt, daß bei normalen Arbeitsleistungen folgende verwertbare Tagesgrundsätze erreicht wurden: von Teilhauern 16 M., von Streckenhauern 15 M., von Zimmerhauern 14 M., von Füllern und Schleppern 11 M., von Wagenstößern 10 M. Hinzu kamen laut Zusatzvertrag vom 4. Juli ab 16. Juni folgende Zuschläge: Für Männer unter 18 Jahre pro Schicht 2,20 M., für Männer über 18 Jahre pro Schicht 1,80 M., für Männer über 18 bis 20 Jahren 1,40 M., von 16 bis 18 Jahren 1 M., jugendliche Arbeiter unter Tag 0,80 M., über Tag 0,40 M. Die Löhnung der Bergarbeiter ist also, wie man sieht, durchaus nicht schlecht.

Ueber die Reichswehr gehen die Ansichten himmelweit auseinander. Die ordentlichen Elemente sind gern bereit, auch im Eifer geschehene Uebergriffe zu entschuldigen. Alle anderen machen den Feldgrauen das Leben reichlich schwer. Herr